

6 MONATE NACH HANAU



„Wir brauchen einen Aktionstag gegen Rassismus am 19. Februar!“

- Die Stille nach dem Aufschrei: Starkes Signal nötig, dass rechte Gewalt und rechter Terror nicht gesellschaftsfähig sind.
- Bildungsstätte Anne Frank fordert, den 19. Februar zum landesweiten Aktionstag in Hessen zu etablieren.

Ein halbes Jahr nach dem rechtsterroristischen Anschlag in Hanau fordert die Bildungsstätte Anne Frank, am 19. Februar einen landesweiten Aktionstag gegen Rassismus zu etablieren: „Nach dem rassistisch motivierten Terroranschlag von Hanau mit neun Toten gab es viel Empörung in der Öffentlichkeit und starke Versprechen vonseiten der Politik. Heute müssen wir leider feststellen, dass der Aufschrei längst verhallt und kaum etwas passiert ist, um rechten Terror langfristig zu bekämpfen“, sagt Direktor Meron Mendel. „Was wir jetzt brauchen, ist ein starkes Signal, dass rechte Gewalt und menschenfeindliche Ideologien nicht gesellschaftsfähig sind in Hessen. Ein Aktionstag gegen Rassismus am 19. Februar ist ein solches Signal.“

Im Rahmen eines jährlichen Aktionstags gegen Rassismus sind alle Hessinnen und Hessen eingeladen, der Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zu gedenken und auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck zu bringen, dass Rassismus und Menschenfeindlichkeit keinen Platz in Hessen haben. „Rechte Terroristen agieren aus der Überzeugung heraus, im Interesse eines angeblichen Volkswillens zu handeln“, sagt der Erziehungswissenschaftler. „Wenn Politik und Gesellschaft nach den Schüssen von Hanau, die aus rassistischem Hass abgefeuert wurden, in so kurzer Zeit zum *business as usual* zurückkehren, kann man das schon fast als Einladung an künftige Attentäter*innen interpretieren.“ Auch für die Überlebenden, Betroffenen und die Angehörigen der Opfer des Anschlags von Hanau sei wichtig, dass sie die Mehrheitsgesellschaft in ihrer Trauer, ihrer Angst und ihrer Empörung an ihrer Seite wissen.

Ein Aktionstag sei ein Schritt, um das Problembewusstsein innerhalb der Gesellschaft zu stärken und ein deutliches Signal gegen rechten Hass zu senden. Natürlich brauche es viel mehr als Symbolpolitik, um rechte Gewalttäter*innen zu stoppen und den ideologischen Nährboden für ihre Taten zu bekämpfen, weiß auch Mendel. Dazu gehöre die Aufklärung extrem rechter Strukturen und Netzwerke – und ihre Verstrickungen in Behörden, Militär und Polizei – sowie die feste Verankerung von Antirassismus und Anti-Antisemitismus in den Schul- und Ausbildungscurricula.

Siehe hierzu auch PM „Hessen muss jetzt handeln“ vom 24.02.2020
www.bs-anne-frank.de/fileadmin/user_upload/Slider/Presse/PM_Hanau_-_Hessen_muss_jetzt_handeln.pdf

Bildungs- und Beratungsangebote der Bildungsstätte Anne Frank

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. Lehrkräfte, Ausbilder*innen und Pädagog*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen.

Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem neuen Meldeportal hessenschauthin.de können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.

Außerdem begleitet die Bildungsstätte hessenweit Personen, Institutionen, Vereine, Gemeinden und Unternehmen bei der Entwicklung zivilgesellschaftliche Handlungsstrategien gegen rassistische, antisemitische und diskriminierende Alltagsgewalt.

#IstAlltag

#Hessenschauthin

Eva Berendsen

Ansprechpartnerin für
die Presse

T. (+49)69 560 00 - 232

M. eberendsen@bs-anne-frank.de

→ bs-anne-frank.de

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main